

Drei Fragen an Zhang Guihong

Wird es zwischen der Volksrepublik China und den USA einen ›neuen Kalten Krieg‹ geben?

Die aktuelle Beziehung zwischen China und den USA könnte vielmehr als ein ›Sub-Kalter Krieg‹ bezeichnet werden, der eine wirtschaftliche Entkopplung, politische Rivalität und militärische Konfrontation bedeutet. Einerseits scheint der strategische Wettstreit zwischen Beijing und Washington, D.C., langfristig, umfassend und global zu sein. Andererseits aber bereitet sich keine der beiden Parteien auf einen Konflikt mit der jeweils anderen vor und die Spannungen halten sich hoffentlich in Grenzen. Für den Rest der Welt stellt die Polarisierung in erster Linie eine Gefahr dar, worüber UN-Generalsekretär António Guterres besorgt ist.

Was sollten die UN aus der Sicht Chinas im Wesentlichen tun?

Die ursprüngliche und wesentliche Aufgabe der UN ist es, einen weiteren Weltkrieg zu verhindern sowie Frieden und internationale Sicherheit zu wahren. Nach 75 Jahren sind die größten Herausforderungen für die Menschheit globale Probleme, wie Terrorismus, Finanzkrisen, der Klimawandel oder Pandemien. Der Auftrag der UN sowie ihre Agenda müssen angepasst werden und sich weniger auf die Kriegsprävention konzentrieren, dafür Antworten auf diese globalen Probleme formulieren. Dabei sollten im UN-System drei Punkte vorrangig behandelt werden: Erstens ist es wichtig, dass die UN den Menschen mehr und besser dienen, während sie für die Mitgliedstaaten arbeiten. Zweitens sollten die UN neben der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auch der globalen Ordnungspolitik mehr Aufmerksamkeit schenken. Und, drittens, muss die Kooperation zwischen internationalen Organisationen gestärkt werden.

Was hält China von der ›Allianz für den Multilateralismus‹?

Die ›Allianz für den Multilateralismus‹ wird in China sehr geschätzt. Sowohl im Bereich Sicherheit als auch im Bereich Entwicklung ist China ein großer Unterstützer des Multilateralismus. Doch gegenwärtig befindet sich der Multilateralismus – angesichts der Tatsache, dass die USA und einige andere Staaten den Unilateralismus wählen, um ihre nationalen Interessen durchzusetzen – gewissermaßen an einem Scheideweg. Die Koordination zwischen China, Deutschland und Frankreich ist entscheidend, um den Multilateralismus zu verteidigen. Basierend auf ihrer jeweiligen Geschichte und Kultur können die drei Staaten gemeinsam zu einem vernetzten und inklusiven Multilateralismus beitragen, wie UN-Generalsekretär Guterres kürzlich vorschlug.



Dr. Zhang Guihong,

geb. 1965, ist Professor und Direktor des Zentrums für UN-Studien an der Fudan University in Shanghai.

Foto: Privat

internationalen Bediensteten hinaus. Den Idealen entsprechend, die der ehemalige UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld formulierte, sollen internationale Bedienstete dienen, »ohne sich einer bestimmten nationalen oder ideologischen Haltung zu unterwerfen«. Ferner sollen diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter »engagierte professionelle, nur der Organisation verantwortliche Bedienstete« sein, die nicht von nationalen Interessen, sondern von »Integrität und Gewissenhaftigkeit« geleitet werden und dem Ethos des öffentlichen Dienstes folgen.⁵ Dass Staaten versuchen, mittels der Ernennung und Besetzung bestimmter Posten im Verwaltungsbereich Einfluss auf internationale Institutionen zu nehmen, ist allerdings gut dokumentiert. Die USA sind dafür bekannt, dass sie Ernennungen durch den UN-Generalsekretär ablehnen und nominierte Kandidatinnen und Kandidaten abweisen, die die Sonderstellung und Souveränität der USA gefährden könnten. In ähnlicher Weise interveniert Japan, um sicherzustellen, dass die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) unter japanischer Leitung bleibt.⁶ Andere Staaten greifen ein, um sicherzustellen, dass beispielsweise die Wahl für die Leitung einer UN-Friedensmission auf die von ihnen bevorzugte Person fällt.⁷ Bekannt ist auch, dass internationale Bedienstete aufgrund nationaler Quoten und nicht wegen ihres Fachwissens, ihrer technischen Fähigkeiten oder Kompetenzen ausgewählt werden.⁸

Darüber hinaus haben verschiedene Untersuchungen gezeigt, dass internationale Bedienstete unabhängig davon ihre eigenen Präferenzen haben und die Anliegen ihrer Regierung vorantreiben können.⁹ Kritik wurde vor kurzem diesbezüglich an China geübt. Die USA brachten ein inoffizielles Arbeitspapier in den Umlauf, in dem es hieß: »Dies steht im Einklang mit den öffentlichen Äußerungen eines hochrangigen chinesischen Beamten, wonach von chinesischen Staatsangehörigen, die in internationalen Organisationen arbeiten, erwartet wird, sich bedingungslos der chinesischen Politik anzuschließen.«¹⁰ Selbst der ehemalige Leiter der UN-Hauptabteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (United Nations Department of Economic and Social Affairs – UN DESA) im UN-Sekretariat, Wu Hongbo, räumte ein, dass ein »internationaler Bediensteter [und Staatsbürger der Volksrepublik China] zweifellos die Interessen unseres Landes verteidigen wird, wenn es um die nationale Souveränität und Sicherheit Chinas geht.«¹¹ Wus Bemerkungen deuten darauf hin, dass das chinesische diplomatische Corps bereit ist, nichtliberale Werte und Präferenzen Chinas innerhalb des UN-Systems zu verteidigen – genau wie auch andere internationale UN-Bedienstete entsprechend den Interessen ihres Landes handeln.